

Sicherheit, Sensibilität und verlässliche Zusammenarbeit bei Christopher-Street-Days in Sachsen stärken

Drucksache 8/6296 · eingebracht 2026-03-05 – Antragsteller: GRÜNE

Demokratie

LSBTIQ*

Sicherheitspolitik

Antidiskriminierung

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert ein landesweit einheitliches, sensibles und verlässliches Schutzkonzept für Christopher-Street-Days in Sachsen – mit zentraler Koordination, festen Ansprechpartner*innen, verpflichtender Sensibilisierung und realistischer Gefährdungsbewertung.

KERNFORDERUNGEN

- Zentrale Koordinierungsstelle für CSDs
- Verbindliche Sensibilisierung der Polizei und Behörden
- Gleichwertiger Schutz unabhängig von Größe oder Ort

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL - SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die Werte Menschenwürde (D1), Solidarität (D2), Soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung der Versammlungsfreiheit, zum Schutz vulnerabler Gruppen und zur Demokratisierung staatlicher Sicherheitskooperation. Er berührt auch ökologische Nachhaltigkeit indirekt über inklusive Teilhabe als Voraussetzung für gesellschaftliche Resilienz (E3). Kein Feld weist einen negativen Wert auf; mehrere Felder erreichen +4/+5.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf strukturelle Defizite im ländlichen Raum
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen statt bloßer Appelle
- Integration von Versammlungsfreiheit, Menschenwürde und Antidiskriminierung
- Stärkung der Rolle von Ehrenamtlichen durch administrative Entlastung

Schwächen

- Kein Bezug zur ökologischen Dimension (Spalte 3) – jedoch sachlich gerechtfertigt

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	++	•	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde Bewertung: +5

Schutz vor Diskriminierung & Gewalt, Anerkennung von LSBTIQ*-Lebensrealitäten

D4 Soziale Gerechtigkeit Bewertung: +5

Gleichwertiger Zugang zu staatlichem Schutz unabhängig von Größe, Ort oder Identität

D2 Solidarität Bewertung: +4

Staatliche Verantwortung für Schutz aller Versammlungen, insbesondere marginalisierter Gruppen

D5 Transparenz & Mitbestimmung Bewertung: +4

Feste Ansprechpartner*, zentrale Koordinierungsstelle, frühzeitige Beteiligung der Veranstaltenden

CDU

WAHLPROGRAMM

3/10

CDU betont Rechtsstaatlichkeit und Polizeischutz, aber lehnt explizit Quoten und spezifische Sensibilisierungsmaßnahmen ab; ihr Fokus liegt auf 'allgemeiner' Sicherheit ohne LSBTIQ*-spezifische Perspektive. Kein Bezug zu CSDs oder queerfeindlicher Gewalt im Wahlprogramm.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

CDU Grundsatzprogramm betont Schutz von Journalist*innen (Q20) und starken Rechtsstaat (Q17), aber kein Bezug zu LSBTIQ*-Rechten oder Versammlungsschutz für Minderheiten. Q16 erwähnt Schadensersatz für Einsatzkräfte, nicht aber Schutz von Demonstrant*innen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt Gender-Ideologie ab (Wahlprogramm 2022), befürwortet keine spezifischen Schutzmaßnahmen für LSBTIQ*, sondern propagiert traditionelles Familienbild und kulturelle Homogenität. Der Antrag widerspricht Kernpositionen fundamental.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt der SPD-Position zur Unterstützung von CSDs und zum Schutz vor Diskriminierung. Die SPD bekennt sich ausdrücklich zur Teilnahme an und Unterstützung von CSDs (Q22) und zur Gleichberechtigung aller Religionen und Lebensweisen (Q25).

„dass in immer mehr Städten in Sachsen der Christopher Street Day (CSD) gefeiert wird. Für die SPD ist es selbstverständlich, an ihnen teilzunehmen und sie zu unterstützen.“

SPD Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 28

PARTEIPROGRAMM

8/10

SPD Hamburger Programm betont universelle Menschenrechte (Q28), Frieden durch Anerkennung (Q27) und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse (Q26). Der Antrag konkretisiert diese Werte für LSBTIQ* und ist damit hochgradig konsistent.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist eine direkte Umsetzung des GRÜNEN Wahlprogramms 2024: Er konkretisiert den Anspruch auf Gewaltschutz für alle Geschlechter (Q2), stärkt Demokratie durch Partizipation (Q5), und berücksichtigt sorbische und rom*nja Perspektiven als Teil der Vielfalt (Q4).

„Wir kämpfen entschlossen für das Menschenrecht auf Schutz vor Gewalt und gegen geschlechtsspezifische Gewalt, von der Frauen deutlich überproportional betroffen sind.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 48

PARTEIPROGRAMM

9/10

Grundsatzprogramm fordert Gleichberechtigung für alle Geschlechter (Q6), zivile Krisenprävention (Q8), und globale Sicherheit von jedem einzelnen Menschen her (Q10). Der Antrag operationalisiert dies lokal und behördlich – mit hoher Treue.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: eine zentrale Ansprech- und Koordinierungsstelle für die Zusammenarbeit von CSD-Veranstaltenden, Versammlungsbehörden und der Polizei zu schaffen und diese gegenüber der Öffentlichkeit bekannt zu machen;

eine **landesweite, unabhängige** Ansprech- und Koordinierungsstelle für LSBTIQ*-Veranstaltungen zu schaffen, die **auch Beschwerdemöglichkeiten bei Diskriminierung durch Behörden** bietet und deren Arbeit jährlich evaluiert wird;

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Menschenwürde (D1) durch institutionelle Beschwerdeinfrastruktur und Evaluation – fehlende Accountability in Originalformulierung.

Vorschlag 2 von 3

Original: die Sensibilisierung von Polizei-, Ordnungs- und Versammlungsbehörden für die besonderen Sicherheitsbedarfe von CSDs deutlich zu stärken, insbesondere auch im ländlichen Raum, und dafür entsprechende Fortbildungsangebote in den Bereichen Antidiskriminierung und Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt zu schaffen und ausreichend Fortbildungsplätze zur Verfügung zu stellen;

die Sensibilisierung **verpflichtend** zu gestalten, indem **alle neuen Mitarbeiter*innen der Polizei, Ordnungs- und Versammlungsbehörden innerhalb der ersten sechs Monate eine zertifizierte Fortbildung zu LSBTIQ*-Feindlichkeit, geschlechtsspezifischer Gewalt und intersektionaler Diskriminierung absolvieren müssen**;

Begründung: Erhöht Wirksamkeit und Rechtssicherheit (Menschenwürde C1, Solidarität C3) – freiwillige Angebote reichen nicht für systemische Veränderung.

Vorschlag 3 von 3

Original: eine realistische und lageangemessene Gefährdungsbewertung von CSDs sicherzustellen, die mögliche Gegenproteste und LSBTIQ*-feindliche Bedrohungen systematisch berücksichtigt, unabhängig von der Größe der Veranstaltung oder dem Veranstaltungsort;

eine realistische und lageangemessene Gefährdungsbewertung **unter Einbeziehung unabhängiger LSBTIQ*-Beratungsstellen und lokaler Initiativen** sicherzustellen, um strukturelle Blindstellen zu vermeiden;

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Soziale Gerechtigkeit (D4) durch partizipative Risikoanalyse – Expertise der Betroffenen wird institutionalisiert.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · PIPr8-29

Original-Antrag

Drucksache 8/6296

Sicherheit, Sensibilität und verlässliche Zusammenarbeit bei Christopher-

· **Original-PDF konnte nicht angehängt werden.**

Grund: HTTP 404

Quelle: https://edas.landtag.sachsen.de/parlamentsdokumentation/parlamentsarchiv/viewer.aspx?dok_n